Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses in seiner Sitzung am 30.08.2012. Entsprechende Erklärungen werde man künftig wohl des Öfteren abgeben müssen, da die Investoren nur noch unter dieser Voraussetzung bereit seien, die Investition zu tätigen. Die Betreiber der Kindergärten seien vielfach nicht in der Lage, sich über einen längeren Zeitraum zu verpflichten.

Abg. Hartmann merkte an, dass dies kein „Blankoscheck“ sei. Er gehe davon aus, dass dem jeweils eine Einzelfallprüfung zu Grunde liege und die für den Kreis beste und günstigste Lösung gefunden werde.

Der Landrat bejahte dies.